Sonnabend, 29. Oktober 1921 * 50. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 50 Pf.

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 499 * Ausgabe B Nr. 248
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 499

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Das verhinderte Ultimatum.

Der Einspruch der Großen Entente gegen Benesch' Vorgehen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 29. Oktober.

Das Ultimatum der kleinen Entente an Ungarn ist von der großen Entente verboten worden. Beweis: Der britische Außenminister Lord Curzon erklärte, ihm sei nichts bekannt von einem Ultimatum an Budapest. Ein derartiges Ultimatum sei zudem überflüssig, da die ungarische Regierung tue, was von ihr verlangt werde. Der Botschafterrat werde sämtliche Fragen, wie z. B. die der Abrüstung in Ungarn, genau prüfen. Aber im voraus könne erklärt werden, daß England mit den territorialen und finanziellen Entschädigungen, welche die kleine Entente von Ungarn verlange, nicht einverstanden sei. England stelle sich auf den Standpunkt, daß sie mit dem Vertrag von Trianon nicht vereinbar sind.

Wien, 29. Oktober. (W. T. B.)

Nach übereinstimmenden Nachrichten der Blätter ist das Ultimatum der kleinen Entente in Budapest noch nicht überreicht worden. Wie die „Neue Freie Presse" berichtet, hat die ungarische Regierung gestern den Beschluß gefaßt, die in der Note der großen Entente geforderten Bedingungen zu erfüllen. Die Mehrzahl der Blätter nimmt an, daß der Ausbruch eines neuen Krieges vermieden werden wird. Zur Reise des Fürsterzbischofs Csernoch nach Tihany meldet die „Neue Freie Presse", daß er beauftragt sei, König Karl um jeden Preis zum Verzicht auf den Thron zu bewegen.

Die „Grazer Tagespost" meldet aus Belgrad: Das aufgesetzte Ultimatum wurde vorgestern nach Prag und Bukarest gesandt. Heute erwartet man in Belgrad die endgültige Redaktion von beiden interessierten Staaten. Auf Grund der jugoslawischen Verfassung muß aber auch die Nationalversammlung das Ultimatum genehmigen. Zu diesem Zwecke wird für Sonnabend, 29. d. M., eine Sitzung einberufen.

*

Es war schon aus den letzten Nachrichten über den Aufschub, den die Ueberreichung des Ultimatums der kleinen Entente in Budapest erfuhr, zu verspüren, daß die Sache nicht klappte. Zwar scheinen Belgrad, Prag und wohl auch Bukarest unter sich einig gewesen zu sein, aber der Mut, den kriegerischen Schritt ohne die Erlaubnis der europäischen Oberaufsicht zu tun, war doch nicht vorhanden. Jetzt wird auch von verschiedenen Seiten bestätigt, daß die letzten Tage ganz durch Verhandlungen zwischen der großen und kleinen Entente ausgefüllt waren. Die von dieser vorgenommene Veröffentlichung des Inhalts der „48-Stunden-Forderung" sollte wohl auf die großen Mächte einen gewissen Druck ausüben. Wie man sieht, ohne Erfolg. Das Privileg, diesen gegenüber durch Bluff ihre Ziele zu erreichen, bleibt den Ungarn gesichert. Herr Benesch muß sich vorläufig damit begnügen, daß sich die kriegerischen Leidenschaften seiner Legionäre an der deutschen Minderheit im eigenen Lande austoben. Daß die Ententestaaten einen Machtspruch tun werden, um die doch ohne unmittelbaren Zwang von der kleinen Entente heraufbeschworene Kriegsgefahr zu beseitigen, war zu erwarten. Das Bezeichnende an der Lage ist aber das, daß die große Entente auch die von der kleinen Entente aufgestellten Forderungen nicht billigt. Ganz natürlich ist das, soweit die westungarische Angelegenheit in Frage steht, denn hier handelt es sich um eine sehr herausfordernde Korrektur der Politik der großen Mächte. Aber es wird auch deutlich, daß unbedingt die Ungarnfeindschaft der kleinen Entente innerhalb des Kreises dieser Mächte auf sehr scharfen Widerstand stößt. Man darf wohl sagen, daß Frankreich in Budapest einen sicheren Verbündeten gegen Wien und Berlin, und Italien einen solchen gegen Belgrad erhalten möchte. Die Tendenzen der Großen haben natürlich über die der Schwachen gesiegt. Aber es hat sich doch recht klar eine Situation enthüllt, die beweist, welches Meisterwerk in der Reihe der Europa den „Frieden sichernden" Verträge der von ihnen geschaffene Vertrag von Trianon gewesen ist.

Benesch über die Politik gegen Ungarn.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 29. Oktober.

Der Ministerpräsident der Tschechoslowakei, Benesch, hat in Prag einen Redakteur des „Excelsior" empfangen und ihm gesagt: „Wie Sie wissen, mobilisieren wir, und nicht nur wir, sondern auch die Jugoslawen. Jetzt ist die Stunde gekommen, in der wir unter allen Umständen mit den Versuchen des Exkaisers Karl und der Habsburger überhaupt, ein Ende machen müssen. Wir wollen die Abdankung der Habsburger und die Absetzung muß von dem ungarischen Parlament feierlich bestätigt werden. Wir wollen, daß der Friedensvertrag in Kraft bleibt und ausgeführt wird. Wir wollen, daß die ungarischen Banden aus dem Burgenlande verschwinden, dieses Gebiet Oesterreich übergeben werden muß. Wir wollen die schnellste und vollkommene Entwaffnung Ungarns unter der Kontrolle der großen und kleinen Entente. Bei meinen letzten Unterhaltungen mit ungarischen Staatsmännern habe ich sie gewarnt. Das erste Mal haben wir ihnen acht Tage Zeit gelassen, den Exkaiser Karl aus dem Lande zu bringen. Dieses Mal haben wir nur eine Frist von drei Tagen gegeben. Diese Frist ist jetzt abgelaufen." Auf die Frage, ob Ungarn nicht heimlich für Karl sei, antwortete Benesch: „Darüber kann ich nichts Bestimmtes sagen. Ich glaube aber, daß die Regierung für Karl gewesen wäre, wenn wir nicht sofort eingeschritten wären. Unsere Mobilisierung hat begonnen und wird fortgesetzt. Sie ist notwendig nicht bloß für den Frieden Mitteleuropas, sondern für den Frieden der Welt."

Briands Amerikafahrt.

Schriftmacher Foch. — Das ersehnte Schutzbündnis.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 29. Oktober.

Die Reise des Ministerpräsidenten Briand zur Konferenz nach Washington wird mit der großen Kunst politischer Regie inszeniert, wie sie Frankreich nach seinen Ueberlieferungen ausgezeichnet versteht. Einen Tag vor Briand ist Marschall Foch, der Führer des Weltkrieges, in Newyork angekommen und mit großem Jubel empfangen worden, den die ihn begleitenden Journalisten als ungeheuer, als betäubend, als rührend beschreiben. Es gibt kein verhimmelndes Wort, was bei dieser Gelegenheit in den Berichten nicht angewendet wird. Der Besuch des Marschalls erfolgte eigentlich nur auf eine private Einladung der Vereinigung amerikanischer Kriegsteilnehmer. Er kommt also im Grunde nicht offiziell. Aber der „Zufall", der in Genf nur Freunde Frankreichs zusammenführte, hat dafür gesorgt, daß Foch gerade zurzeit der Washingtoner Konferenz in Amerika ist und also im Bedarfsfall zu jeder Stunde in Washington erscheinen kann. Er hat gleich nach seiner Ankunft eine Botschaft an das amerikanische Volk erlassen, die sehr geschickt an gemeinsame Kriegserinnerungen anknüpft, der amerikanischen Toten gedenkt, die in französischer Erde ruhen und mit den Worten schließt: „Ihre Opfer waren nicht vergebens, sie bleiben der Grundstein für den Frieden der Welt, für den Frieden, für den wir alle gemeinsam arbeiten, erfüllt von den gleichen Empfindungen, die uns auf den Schlachtfeldern vereinigten." Nachdem der Triumphzug des Marschalls die Amerikaner dann für die französische Armee mit Sympathien erfüllt hat und in allen Zeitungen nur Frankreichs Größe besungen worden ist, trifft Briand zur Konferenz ein, nicht wie es zuerst schien, mit den anderen Delegierten und wenigen Beamten, sondern umgeben von einem großen Stab, der beinahe ein halbes Hundert namentlich angeführter Personen zählt. Es ist bezeichnend, daß unter den Sachverständigen für äußere Politik, Heer und Marine, Finanzen und Kolonieo, die an der Reise teilnahmen, am zahlreichsten die militärischen Personen sind. Briand ist der erste französische Ministerpräsident, der für so lange Zeit (sein Aufenthalt wird auf einen Monat berechnet) in das Ausland geht. Nur Viviani ist vor ihm in Petersburg gewesen; jene denkwürdige Fort im Jahre 1914, an die sich unmittelbar der Ausbruch des Krieges schloß. Was von Briands Reise erwartet wird, hat er in seinen Reden in der Kammer und im Senat deutlich ausgesprochen, und die Zeitungen unterstreichen dieses Verlangen: Er soll das **Schutzbündnis mit den Vereinigten Staaten** nach Hause bringen, das zur Sicherheit Frankreichs gegen die angeblichen „Machgelüste Deutschlands" den Franzosen als notwendig erscheint. Ob dieses Vorhaben so vollkommen gelingen kann, wie hier gehofft wird, ist nach den Aeußerungen amerikanischer Kritiker fraglich. Daß aber Briand alle Gelegenheitsvorteile für Frankreich mit nach Hause bringen wird, unter denen die Erstarkung der amerikanischen Sympathien für Frankreich nicht die geringste sein dürfte, wird allgemein angenommen. Die französische Presse legt der Reise die größte Bedeutung bei.

Paris, 28. Oktober.

Ministerpräsident Briand versichert in der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune" den amerikanischen Freunden Frankreichs, Frankreich sei bereit, jeden Plan zur Herabminderung der Ausgaben aller Länder durch Einschränkung der Rüstungen anzunehmen. Aber wenn die Frage seiner territorialen Sicherheit auf dem Spiele stehe, so müsse die gebieterische Verpflichtung, diese Sicherheit zu gewährleisten, seine Haltung diktieren.

Vier Kommissionen.

Die Wirtschaftsverhandlungen.

Auf Grund der Note der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober sind von deutscher Seite vier Kommissionen zu ernennen. Die erste Kommission ist jene, die sich mit den Wirtschaftsverhandlungen, sowie mit dem Abschluß des Minderheitsvertrages mit Polen zu beschäftigen hat. Dafür sind bekanntlich die Herren Schiffer und Lewald ernannt worden. Die Ernennung der anderen Mitglieder dieser Kommission wird in den Besprechungen, die heute vormittag im Auswärtigen Amte stattfanden, erfolgen. Die zweite Kommission ist eine dauernde Kommission, die unter einem fremden Vorsitzenden aus zwei Deutschen und zwei Polen, die aus dem oberschlesischen Gebiet gebürtig sind, bestehen. Für diese dauernde Kommission kommt der von uns bereits genannte Geheime Bergrat Bunzel sowie der Beuthener Bürgermeister Stephan in Frage. Die endgültige Ernennung dieser Männer ist gegenwärtig noch nicht erfolgt, steht jedoch zu erwarten. Die dritte Kommission ist ein Schiedsgericht, dessen Mitglieder noch nicht ernannt sind. Die vierte ist die Grenzfestsetzungskommission, zu deren deutschen Mitgliedern, wie wir bereits in unserer heutigen Morgenausgabe gemeldet haben, Herr v. Treutler und Graf Podewils ernannt sind.

*

Unseres Erachtens dürfte die Ernennung der zweiten und dritten Kommission erst dann, und nur dann, in Betracht kommen, wenn die Verhandlungen über das Wirtschaftsabkommen vorher zu einem annehmbaren Ergebnis geführt haben sollten.

*

Wie wir hören, wird in Sachen der Deutschen Werke in den nächsten Tagen die deutsche Regierung eine Note an die Alliierten richten.

Das Vorbild des Spruches von Genf

Die „ideale" Teilung des Teschener Gebiets.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Gustav Fuchs.

Prag, 24. Oktober.

Nach verschiedenen, auch französischen, Blättermeldungen soll den Genfer Schiedsrichtern bei der Entscheidung über Oberschlesien die Art und Weise wie das Teschener Gebiet geteilt wurde, als „Vorbild" gedient haben. (Herr Benesch hat sie in Genf dem Völkerbundrate als Muster empfohlen. Der tschechisch-slowakische Ministerpräsident hat, wie der „Petit Parisien" rühmend hervorhob, durch die Versicherung, daß die Teilung des Teschener Gebietes die vorzüglichsten Ergebnisse gehabt habe, auch Balfour endgültig für die Zerreißung Oberschlesiens und das den tschechischen Interessen dienliche wirtschaftliche Zwischenregime gewonnen. Die Redaktion.) Wie herrlich dieser Metzgerstreich im Teschener Gebiete gelungen ist, darüber schrieben und schreiben noch heute die galizischen Blätter. Ebenso groß wie die Begeisterung der Polen, war das Entzücken des tschechischen Volkes. Der einzige Erfolg des Kaiserschnittes war die Unzufriedenheit beider Nachbarn, die, wie gerade jetzt ein rumänischen Blättern vom polnischen Außenminister Skirmunt gewährtes Interview beweist, noch so nachhaltig ist, daß Skirmunt die Teschener Wunde als ein Hindernis für ein wirkliches Bündnis mit der Tschechoslowakei bezeichnet.

Doch da die Vermutung naheliegt, daß mehr politische und militärische Bedenken den Grund der polnischen Unzufriedenheit bilden, wandte ich mich in der eben tagenden Prager Nationalversammlung an die sozialdemokratischen Abgeordneten des Teschener und ostschlesischen Kreises, um ein objektives Urteil über die Folgen der Teilung des Musterlandes zu erhalten. Uebereinstimmend wurde gesagt: Die Stadt Teschen, einst eine blühende Handelsstadt, der wirtschaftliche Schnittpunkt für Oesterreichisch-Schlesien und Galizien, ist eine tote Stadt geworden, die binnen kurzem zu einem bedeutungslosen Landstädtchen herabsinken wird. Die Teilungslinie geht mitten durch den Ort. Noch vor nicht langer Zeit bedurften Leichen aus Polnisch-Teschen eines Einfuhrscheines, weil der Kirchhof heute in Tschechisch-Teschen liegt. Wagen mit vorgespannten Pferden mußten bei der Fahrt von Tschechisch-Teschen nach Polnisch-Teschen photographiert werden, um die Identität festzuhalten und dadurch der Verzollung zu entgehen. Zwischen den beiden Stadtteilen ist der Personenverkehr nur mit „Prepustky", Grenzübertrittsscheinen, zulässig. Die Trennungslinie wurde derart geführt, daß der Tschechoslowakei bis auf einen alle erschlossenen Kohlenschächte zufielen. Polen erhielt den einzigen Kohlenschacht „Silesia" bei Declitz. Bis zur Teilung hatten die nach Hunderttausenden zählenden Bergarbeiter glänzend ausgestattete Konsumvereine. Durch die Zerlegung des Gebietes gerieten zahllose Arbeiter in das nun polnisch gewordene Staatsgebiet. Die von ihnen bei den heute auf tschechischem Gebiete gelegenen Verschleißstellen gekauften Waren werden ihnen beim Uebergange über die Grenzen als Schmuggelware beschlagnahmt, überdies werden gegen die Arbeiter wegen Schmuggels Strafen verhängt. Es ist naheliegend, daß diese Leute ohne Rücksicht auf ihre Nationalität gegen den so idealen Zustand protestieren. Eine große Anzahl der Knappschaft ist infolge der rein willkürlich gezogenen Grenze dem Hungertode preisgegeben. Jene Pensionisten der Bruderladen, die das zweifelhafte Glück haben, nunmehr zu Polen zu gehören, aber auf den jetzt zur Tschechoslowakei geschlagenen Schächten arbeiteten, sind ihrer Pensionsansprüche verlustig geworden, weil Polen bis jetzt die Verpflichtung gleicher Zahlung an tschechische Bergarbeiter, also die Rezipro zität, nicht anerkannt hat. Um nun wenigstens die Krüppel vor dem Hungertode zu schützen, zahlen ihnen die tschechischen Bruderladen ihre Pensionsbezüge aus, indem sie gewissermaßen die Teilung des Gebietes nicht zur Kenntnis nehmen. Unmittelbar nach dem Spruch der Botschafterkonferenz mußten, wie mir die Abgeordneten erzählten, 2000 polnische Bergarbeiter die jetzt in der Tschechoslowakei gelegenen Schächte auf Drängen der Arbeiterschaft verlassen und vegetieren in dem früheren Internierlenlager in Oswiecim. Es sind dies dieselben Arbeiter, die dem früheren Prager Handelsminister Dr. Holowetz auf seiner Fahrt nach Warschau einen so begeisterten Empfang bereitet haben, daß er von Gendarmen geschützt werden mußte. Die Zerreißung des Jahrhunderte hindurch einheitlichen Gebietes hatte zur Folge, daß das von den Bergarbeitern mit einem Millionenaufwand errichtete Waisenhaus und Genesungsheim polnisch wurden. Der erste polnische Akt war die Verhängung der Zwangsverwaltung über die beiden Wohlfahrtsinstitute, die der Gewerkschaft der tschechoslowakischen Arbeiter gehören, denn der Aufbau wurde von ihnen ausgeführt.

Nach der einstimmigen Meinung der langjährigen Vertreter dieser Wahlkreise ist die Bevölkerung ob der vollzogenen Teilung entsetzt, und gibt einer insbesondere auf polnischer Seite lebhaft werdenden Irredenta dauernd Nahrung. Der Polen zugeschlagene Teil zieht begreiflicherweise Vergleiche zwischen der klaglos funktionierenden tschechoslowakischen Administrative und dem Chaos auf polnischer Seite und strebt, von den Agitatoren abgesehen, den Anschluß an die Tschechoslowakei an. Humorvoll klingt das Urteil der von dem Schiedsspruch getroffenen Bevölkerung: „Die schönste Zeit war die des Plebiszites. Da erhielten wir als Lockpeise von den Tschechen Zucker und Tabak, von den Polen Wurst und Speck. Jetzt bekommen wir das Hungertuch." Daß bei der nationalen Aggressivität beider Nachbarn Reibungen an der Tagesordnung sind, ist nur zu begreiflich. Sollte sich die Kohlenkonjunktur wieder günstig gestalten, so wurde uns erklärt, dann werden die jetzt tschechoslowakischen Schächte